FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Bern, 29. Juli 2025 / HG
20250718_VL_Postverordnung_d

Elektronischer Versand: pg@bakom.admin.ch

Revision der Postverordnung (VPG)
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die FDP.Die Liberalen anerkennt die Bedeutung einer funktionierenden postalischen Grundversorgung für die Schweiz. Die nun vorgeschlagene Ausweitung dieser Grundversorgung auf den digitalen Bereich stellt jedoch einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel dar, den wir konzeptionell, rechtlich und wirtschaftspolitisch nicht unterstützen können.

1. Fehlende Rechtsgrundlage

Die geltende gesetzliche Grundlage (Art. 2 und 14 PG) beschränkt die Grundversorgung klar auf physische Leistungen wie Briefe, Pakete und Zeitungen sowie auf gewisse Zahlungsverkehrsdienste. Eine Ausdehnung auf elektronische oder hybride Dienste ist weder gesetzlich vorgesehen noch sachlich gerechtfertigt. Die Vorlage greift damit einer politisch noch offenen Grundsatzdiskussion zur zukünftigen Ausgestaltung der Grundversorgung vor. Ein solcher Vorentscheid auf Verordnungsebene ist aus Sicht der FDP inakzeptabel.

2. Kein Marktversagen im digitalen Bereich

Die FDP.Die Liberalen bekennt sich zur Subsidiarität und zur Wahrung der Wirtschaftsfreiheit. Ein staatlicher Grundversorgungsauftrag ist nur dort zu rechtfertigen, wo ein effektives Marktversagen vorliegt. Dies ist im Bereich der digitalen Kommunikation klar nicht der Fall. Der Markt bietet bereits heute zahlreiche funktionierende Angebote für sichere elektronische Kommunikation – sowohl von privaten Anbietern als auch von der Schweizerischen Post selbst (z.B. ePost, Incamail).

Ein staatlich abgesicherter Ausbau solcher Angebote unter dem Deckmantel der Grundversorgung würde zu einer Wettbewerbsverzerrung führen, Innovation hemmen und falsche Anreize setzen – zulasten von Effizienz und Konsumentenwohl.

3. Wettbewerbsverzerrung durch Quersubventionen

Mit der vorgeschlagenen Integration digitaler Dienste in den staatlich geschützten Grundversorgungsauftrag würde ein proprietäres System entstehen, das durch das Briefmonopol und

die Konzession privilegiert wäre. Dies schafft ungleiche Wettbewerbsbedingungen und gefährdet den offenen Wettbewerb im digitalen Kommunikationsmarkt. Aus Sicht der FDP ist die Gefahr einer Quersubventionierung privater Marktangebote durch die Grundversorgung evident und inakzeptabel.

4. Politische Grundsatzdiskussionen dürfen nicht vorweggenommen werden

Die Reform der postalischen Grundversorgung ist zweifellos notwendig, muss aber in einem breiteren gesetzgeberischen Rahmen und unter Einbezug aller relevanten Akteure geführt werden. Zahlreiche parlamentarische Vorstösse und Expertenberichte – u.a. der Bericht Egerszegi (2022) und der Evaluationsbericht des UVEK (2024) – zeigen auf, dass zentrale Fragen zur Zukunft der Post, zur Finanzierung und zum Leistungsumfang offen sind.

Die FDP fordert, dass zuerst der Gesetzgeber die Grundsatzentscheide fällt, bevor über eine Verordnungsanpassung neue Fakten geschaffen werden.

5. Fokus auf Qualität und Marktfähigkeit im Kerngeschäft

Statt neue, staatlich geschützte Aufgabenfelder im digitalen Raum zu schaffen, ist die Post aufgerufen, ihre Leistungen in der physischen Grundversorgung zu konsolidieren und marktgerecht weiterzuentwickeln. Dazu gehört insbesondere die Sicherstellung einer qualitativ hochstehenden Zustellung – insbesondere von Zeitungen – auch in Randregionen. Diese ist essenziell für Meinungsbildung und Medienvielfalt.

Zugleich fordert die FDP eine zügige Abschaffung des Briefmonopols für Sendungen unter 50g. Dies ist aus liberaler Sicht überfällig und würde Innovation, Wettbewerb und Kundenorientierung fördern – auch in der Peripherie.

6. Rückkehr zum Siedlungsbegriff

Die Rückkehr zum Siedlungsbegriff – so wie dies in Art. 31 vorgenommen wird – ist sinnvoll, um zum einen eine Flexibilisierung der Postzustellung zu erreichen sowie auch in einem kleineren Masse Kosten einzusparen. Daher unterstützen wir diese Änderung explizit.

7. Laufzeiten

Wir verstehen das Anliegen der Lockerung der Mindestanforderungen bezüglich Qualität. Die Konsequenzen der Reduktion der Zustellzeitvorgabe auf 90% stellt jedoch einen zu grossen Qualitätsverlust dar. Wir wären einverstanden mit einer Herabsetzung auf 95%. Tiefer jedoch nicht.

8. Fazit

Die FDP.Die Liberalen lehnt die Vernehmlassungsvorlage in der vorliegenden Form mit wenigen Ausnahmen klar ab. Die vorgeschlagene Revision verfehlt die verfassungsrechtlichen, ordnungspolitischen und marktbezogenen Anforderungen an eine moderne Grundversorgung. Die Zukunft der Postversorgung muss im Gesetz, nicht in der Verordnung geregelt werden – und sie muss sich an Kundennutzen, Effizienz und Wettbewerbsneutralität orientieren.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident

Der Generalsekretär

Thierry Burkart
Ständerat

Jonas Projer